

Veröffentlichung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge

<http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Asylrecht/asylrecht-node.html>,
übernommen am 05.10.2015, 16:30 Uhr.

Politisch Verfolgte genießen Asyl

Asylrecht hat in Deutschland Verfassungsrang

Nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland genießen politisch Verfolgte Asyl.

Das Asylrecht wird in Deutschland nicht nur - wie in vielen anderen Staaten - auf Grund der völkerrechtlichen Verpflichtung aus der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) von 1951 gewährt, sondern hat als Grundrecht Verfassungsrang. Es ist das einzige Grundrecht, das nur Ausländern zusteht.

Politisch ist eine Verfolgung dann, wenn sie dem Einzelnen in Anknüpfung an seine politische Überzeugung, seine religiöse Grundentscheidung oder an für ihn unverfügbare Merkmale, die sein Anderssein prägen, **gezielt Rechtsverletzungen zufügt**, die ihn ihrer Intensität nach aus der übergreifenden Friedensordnung der staatlichen Einheit **ausgrenzen**. Das Asylrecht dient dem Schutz der Menschenwürde in einem umfassenderen Sinne.

Nicht jede negative staatliche Maßnahme - selbst wenn sie an eines der genannten persönlichen Merkmale anknüpft - stellt eine asylrelevante Verfolgung dar. Es muss sich vielmehr einerseits um eine **gezielte Rechtsgutverletzung** handeln, andererseits muss sie in ihrer Intensität darauf gerichtet sein, **den Betroffenen aus der Gemeinschaft auszugrenzen**. Schließlich muss es sich um eine Maßnahme handeln, die so schwerwiegend ist, dass sie die Menschenwürde verletzt und **über das hinausgeht, was die Bewohner des jeweiligen Staates ansonsten allgemein hinzunehmen haben**.

Berücksichtigt wird grundsätzlich nur staatliche Verfolgung, also Verfolgung, die vom Staat ausgeht. Ausnahmen gelten, wenn die nichtstaatliche Verfolgung dem Staat zuzurechnen ist oder der nichtstaatliche Verfolger selbst an die Stelle des Staates getreten ist (quasistaatliche Verfolgung).

Allgemeine Notsituationen wie Armut, **Bürgerkriege**, Naturkatastrophen oder Perspektivlosigkeit **sind damit als Gründe für eine Asylgewährung grundsätzlich ausgeschlossen**. Hier kommt unter Umständen die Gewährung von subsidiärem Schutz in Betracht.

Bei einer Einreise über einen sicheren Drittstaat ist eine Anerkennung als Asylberechtigter ausgeschlossen. Dies gilt auch, wenn eine Rückführung in diesen Drittstaat nicht möglich ist, etwa weil dieser mangels entsprechender Angaben des Asylbewerbers nicht konkret bekannt ist.

Datum 12.12.2012

Erläuterung außerhalb des Originaltextes:

Die **Gelbmarkierungen** wurden hinzugefügt, zur Verdeutlichung, warum ein Großteil der heute in Deutschland ankommenden Flüchtlinge die Voraussetzungen zur Inanspruchnahme des grundgesetzlichen Asylrechts nicht erfüllt. Die Fluchtursachen richten sich bei den Flüchtlingen weit überwiegend nicht gegen ausgegrenzte politisch Verfolgte, sondern betreffen das jeweilige Staatswesen oder Staatsgebiet als Ganzes in Form eines Bürgerkrieges, bürgerkriegsähnlicher Zustände oder einer diktatorischen Herrschaft, die sich aber ebenfalls auf alle Bürger des jeweiligen Staatswesens bezieht und keine „Ausgrenzung aus der Gemeinschaft“ aufgrund politischer Überzeugungen darstellt.

www.Andreas-Zimmer.net – Asyl und Flüchtlinge in Deutschland, 05.10.2015